

RM Homfeldt begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Dieser soll dahin verstanden werden, dass der Bürgerhaushalt 2012 sich in einem ersten Schritt mit den bereits festgestellten freiwilligen Leistungen befasst. Diese sollen auf der Internetseite dargestellt werden. Weiterhin sollen Informationsveranstaltungen und Befragungen durchgeführt werden.

RM Schüder teilt mit, dass die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes bereits von 5 Jahren im Wahlkampf von den GRÜNEN gewünscht wurde und begrüßt daher den Antrag grundsätzlich. Sie verweist jedoch auf den großen Arbeitsaufwand. Weiterhin verweist sie auf den engen Zeitkorridor, da bereits im September der neue Rat gewählt wird. Auf ihre Nachfrage nach dem Projekt Bürgerbeteiligung der Bertelsmann-Stiftung aus den Jahren 2000 - 2004 teilt BM Böhling mit, dass sich die Stadt damals an anderen Works-Shops - z. B. Neue Steuerung - beteiligt hat.

RM Schüder stellt den Antrag, im Laufe des Verfahrens einen Vertreter einer Kommune einzuladen, die bereits einen Bürgerhaushalt eingeführt haben. Diesem wird einstimmig zugestimmt.

RM Eggerichs verweist darauf, dass Kommunen in NRW bereits seit 2001/2002 Bürgerhaushalte eingeführt haben. Dieses sei auch für Schortens wünschenswert, jedoch solle hierüber der neue Rat entscheiden, da die Zeitschiene wegen der Kommunalwahl sehr eng ist. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes muss gut vorbereitet werden. Weiterhin verweist er auf folgende Problemlagen:

- Teilweise sind freiwillige Leistungen, wie Wirtschaftsförderung nichtöffentlich und können daher kaum dargestellt werden.
- Zuschüsse an Vereine und Verbände könnten unter Gesichtspunkten des Lobbyismus betrachtet werden.
- Im Finanzbereich sind umfangreiche Personalwechsel eingetreten und Einarbeitungsphasen erforderlich.
- Die Einführung der Doppik ist noch nicht abgeschlossen.
- Die Verwaltung hat in diesem Haushalt umfangreiche Zielvorgaben.
- Der Haushalt 2012 soll wieder eher verabschiedet werden.

Er beantragt daher, dass sich der neue Finanz- und Wirtschaftsausschuss des neuen Rates in der ersten Sitzung hiermit befasst und die weitere Beratung auf 2012 verschoben wird. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

RM Sutorius teilt mit, dass auch nach seiner Einschätzung eine Befragung mit entsprechender Auswertung sehr personalaufwendig ist.

RM Just findet die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes grundsätzlich gut. Hierbei dürfen aber nicht nur die freiwilligen Leistungen dargestellt werden, sondern diese müssen im Rahmen eines umfassenden Konzeptes im Kontext zu der Leistungsfähigkeit der Stadt und deren Schuldenstand gesehen werden. Dem Bürger ist insbesondere darzustellen, welche Positionen beeinflussbar sind, wie z.B. Erhöhung der Steuern und Gebühren. Er verweist hierzu auf den Bericht der Nieders. Kommunalprüfungsanstalt, TOP 11 der Tagesordnung. Insofern sollte der nächste Rat über den Antrag entscheiden.

RM Just beantragt daher zunächst ein Konzept zu erstellen und zu beschließen und danach den Bürgerhaushalt einzuführen. Der Antrag wird abgelehnt.

BM Böhling begrüßt grundsätzlich eine Bürgerbeteiligung und schlägt die Beauftragung eines entsprechenden Konzeptes mit schrittweiser Umsetzung vor. Hierbei könne aber bereits vorher mit den freiwilligen Leistungen begonnen werden, da dieses nicht so zeitaufwendig ist.

Nach einer Sitzungsunterbrechung begründet RM Homfeldt den Antrag weitergehend, dass ein Beginn jetzt erfolgen sollte, da es sich die Stadt aufgrund der Haushaltslage nicht leisten kann, auf eine gute Idee zu verzichten. Die Liste der freiwilligen Leistungen ist vorhanden und muss für den Bürger entsprechend erläutert werden. Eine Veröffentlichung über das Internet stelle kein Problem dar. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die nächsten Jahre sei wünschenswert und wäre eine Bereicherung der politischen Arbeit.

Dieses wird von RM Freygang unterstützt. Der Prozess Bürgerhaushalt sollte jetzt eingeführt werden. Auf mögliche Schwierigkeiten kann nicht immer Rücksicht genommen werden.

RM Homfeldt erweitert daher den Antrag dahin, dass über das Gesamtkonzept Bürgerhaushalt der neue Rat entscheidet.